

Vor 200 Jahren: Das Rheinland wird (endgültig) preußisch

Nach der militärischen Niederlage Napoleons versuchten Diplomaten der europäischen Länder auf dem Wiener Kongress (1814-1815), eine dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen. Was sich bereits 1814 angedeutet hatte, wurde nun endgültig festgelegt, dass Preußen das bisher bereits beherrschte Rheinland zugesprochen wurde.

Noch von Wien aus erließ der preußische König Friedrich Wilhelm III. einen Aufruf "An die Einwohner der mit der preußischen Monarchie vereinigten Rheinlande". Der König gab sich darin moderat, indem er seinen neuen Untertanen eine gerechte Verwaltung, den Schutz des Glaubens, Bildungseinrichtungen, wirtschaftliche Wohlfahrt und geringe Steuern und Militärlasten versprach.

Zunächst wurden die preußischen Gebiete am Rhein in zwei Provinzen organisiert. Es entstand das "Großherzogtum Niederrhein" mit den neu gebildeten Regierungsbezirken Aachen, Koblenz und Trier (Verwaltungssitz Koblenz) sowie der "Oberpräsidialbereich der Herzogtümer Jülich, Kleve und Berg" mit den neu gebildeten Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf und Kleve (Verwaltungssitz Köln). Nach dem Tode des Kölner Oberpräsidenten im Jahre 1822 wurden die beiden Provinzen zusammengelegt. Zum Sitz des Oberpräsidenten der "Rheinprovinz" wurde Koblenz bestimmt.

Angaben über die Verwaltung auf der Gemeindeebene zu Beginn der preußischen Zeit sind dem Buch von Matthias Pape "Umbrüche - Die Region Aachen 1800-2009" entnommen: "So blieben die rheinischen Bürgermeistereien vorerst weiterbestehen, in denen der Bürgermeister, wie zuvor der Maire, die Geschäfte ohne Magistrat führte und auf Vorschlag des Landrats vom Regierungspräsidenten auf Lebenszeit ernannt wurde, während die preußische Ständeordnung die kollegiale Magistratsverfassung vorsah. Hinzu kam 1827 die Einrichtung von Kreisständen, die als wichtigstes Recht erhielten, den Kandidaten für das Landratsamt zu präsentieren. So wurden aus den Kreisen, die bisher ausschließlich staatliche Verwaltungsbezirke waren, zugleich Kooperationen mit Kreisversammlung (Kreistag) und Landrat an der Spitze. Die Gemeindeordnung von 1845 für die Rheinprovinz führte das indirekte und ungleiche Dreiklassenwahlrecht ein, das auf der Steuerleistung des einzelnen beruhte" (S. 73)

In Würselen blieb Nikolaus Cornely, der seit 1813 als Maire amtierte, bis 1817 Bürgermeister, dann wurde er durch Sebastian Kind abgelöst

In den Jahren 1823/24 wurden die "Rheinischen Provinziallandtage" eingerichtet. Diese entwickelten sich trotz ihrer ständischen Zusammensetzung zu einem bedeutenden Forum für die Diskussion der die Rheinländer beschäftigenden politischen Themen. Regener Gebrauch machten die Landtage von dem ihnen zugestandenen Petitionsrecht.

Ein schwieriges Problemfeld ergab sich dadurch, dass Preußen in den neuen westlichen Gebieten das hier geltende französische Recht vorfand. Dieses beruhte auf einer strikten Trennung von Justiz und Verwaltung, der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, auf Geschworenengerichten und öffentlichen Gerichtsverhandlungen. Zwar versuchte die preußische Regierung im Sinne einer gesamtstaatlichen Rechtseinheit, auch in den neu gewonnenen Gebieten das "Allgemeine Landrecht" einzuführen, doch sie scheiterte letztendlich am Widerstand der rheinischen Bürger, die nicht auf die fortschrittlichen rechtlichen Rahmenbedingungen verzichten wollten.

Deutliche Veränderungen vollzogen sich besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Es kam zum Durchbruch der Industrialisierung, die gekennzeichnet war von einem dynamischen Wachstum der Montanindustrie und dem engstens damit verflochtenen raschen Ausbau des Eisenbahnnetzes. In wirtschaftlicher Hinsicht gingen Rheinprovinz und preußischer Staat eine eher unproblematische Verbindung ein. Die innovationsfreudigen rheinischen Unternehmer profitierten von der gezielten Wirtschaftsförderung. Dass Preußen außenpolitisch zur deutschen Führungsmacht aufsteigen konnte, verdankte es in erster Linie der wirtschaftlichen Potenz seiner westlichen Provinzen.

Tiefgreifende soziale Umschichtungen - vor allem im Ruhrgebiet - ergaben sich aus dem Entstehen der schwerindustriellen Ballungszentren. Die Umstellung auf Maschinenproduktion und die durch den Freihandel bedingte Öffnung des Marktes für die ausländische Konkurrenz führten zu schweren Beeinträchtigungen der Heimindustrie und des Handwerks. In der Nadelindustrie setzte sich bis 1830 der industrielle Großbetrieb mit Dampfmaschinen durch, in der Tuchindustrie allmählich nach 1840. Die vormals handwerklichen Nadel- und Tuchmacher mussten sich seitdem als Arbeiter verdingen. Oft bedeutete Fabrikarbeit soziale Entwurzelung, für die meisten Arbeiterfamilien ein ständiges Pendeln am oder unter dem Existenzminimum, obwohl Frauen

und Kinder auch in den Fabriken beschäftigt waren. Es gab zur Linderung der Massenverelendung unterschiedlichste Lösungsansätze seit den 1840er Jahren: Kirchliche und genossenschaftliche Vereinigungen sowie die Gründung von Sparkassen, sozialistische Bewegungen und konservative Versuche, mit obrigkeitlichen Maßnahmen der sozialen Frage Herr zu werden bilden das weite Spektrum ab. Der Aufbau der modernen Sozialverfassung im Kaiserreich gehört ebenfalls in diesen Kontext. Diese staatlichen Maßnahmen waren gegen die als Gefahr angesehene sozialistische Arbeiterbewegung gerichtet. Die sich immer stärker organisierenden sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Bewegungen brachten wie das Bürgertum zahlreiche Vereine, Verbände und Parteien hervor, denen im Kaiserreich eine große gesellschaftliche Bedeutung zukam.

Den Franzosen war das Elementarschulwesen als unwichtig erschienen, die Preußen jedoch führten im Rheinland 1825 die allgemeine Schulpflicht ein. Längere Zeit allerdings endete die Schulpflicht allerdings schon mit dem 12. Lebensjahr. Dann arbeiteten die Kinder in der Landwirtschaft oder in Fabriken. Erst 1861 wurde das Mindestalter für die Fabrikarbeit auf das 14. Lebensjahr angehoben.

Im Jahre 1818 wurde in Bonn die Friedrich-Wilhelms-Universität gegründet, eine von nur drei preußischen Universitätsgründungen. Im Jahre 1865 wurde in Aachen die "Polytechnische Schule" errichtet, die im Jahre 1879 die Bezeichnung "Technische Hochschule" erhielt.

Besondere Initiativen im Bereich der Denkmalpflege gingen von der preußischen Regierung aus. Staatsminister Hardenberg erließ bereits am 18. Dezember 1821 eine eindrucksvolle Zirkularverfügung an alle Oberpräsidenten. Er empfiehlt darin "Monumente aus Stein, Metall oder Holz, Grabsteine oder sonstige Denkmale auf Verstorbene, alte Inschriftgen, ausgehauene Wappenschilder, alte Statuen, alte Malereien, Denkmale der hohen Baukunst, aus den früheren Zeiten" einer besonderen Aufmerksamkeit. Es kam auch zu Bauaktivitäten, die durch die Könige Friedrich Wilhelm III. und Friedrich Wilhelm IV. befördert wurden. So setzte sich ersterer u.a. für die Vollendung des Kölner Doms sehr ein. Friedrich Wilhelm IV. warb um die Gunst der Aachener Region, indem er sich für die Restaurierung der von den Franzosen demolierten Münsterkirche zu Aachen einsetzte.

Zu erheblichen Konflikten kam es zwischen dem rheinischen Katholizismus, der katholischen Kirche und dem protestantisch geprägten preußischen Staat. So wurde auf dem Höhepunkt des "Mischehenstreits" der Kölner Erzbischof August Freiherr von Droste Vischerung verhaftet.

Im sog. Kulturkampf zwischen Staat und katholischer Kirche wurden die geistlichen Orden und Genossenschaften hart getroffen, dadurch der kirchliche Einfluss und letztlich die Integration der Katholiken in den preußischen Staat in Frage gestellt. Im Mai 1875 mussten durch Gesetz alle Ordensleute, außer denen, die in der Krankenpflege tätig waren, Preußen verlassen. Zahlreiche Ordensgemeinschaften ließen sich in niederländisch-limburgischen und belgischen Grenzorten nieder. Seinen äußeren Höhepunkt erreichte der Kulturkampf mit der Verhaftung des Kölner Erzbischofs Paul Melchers und seiner vorübergehenden Inhaftierung im Kölner Klingelpütz für 28 Wochen im Jahre 1874. Im Folgejahr leiteten die Regierungsbehörden die Absetzung des Erzbischofs ein. Dieser entzog sich der zweiten drohenden Verhaftung durch die Flucht. Aufnahme fand er in einem Franziskanerkloster in Maastricht. Aus dem Exil heraus versuchte er, das Erzbistum weiterhin zu lenken. Der Kulturkampf dauerte insgesamt 20 Jahre.

Die Geschichte des preußischen Staates blieb spannend und ereignisreich während der Jahre des Kaiserreichs, der Weimarer Republik und des NS-Regimes.

De facto endete die Existenz des preußischen Staates mit der Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945, de jure erst durch das Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947, das der Alliierte Kontrollrat erließ.

Wer sich näher mit der Geschichte Preußens beschäftigen möchte, dem seien folgende Bücher empfohlen, die alle im Kulturarchiv vorhanden sind:

Thierry Lentz "1815", München 2014 (Ein grundlegendes Werk über den Wiener Kongress und die Neuordnung Europas nach der Niederlage Napoleons.)

Wilhelm Rihegge "Preußen im Westen", Münster 2007 (Das umfangreiche Werk schildert sehr ausführlich das "Wirken" Preußens in Westfalen und in der Rheinprovinz.)

Mölich/Veltzke/Walter "Rheinland, Westfalen und Preußen", Münster 2011 (In dem Sammelband wird auf anschauliche Weise von den Anfängen der preußischen Politik im Westen, über die Zeit im Kaiserreich, in der Weimarer Republik bis zur Auflösung preußischer Strukturen während der NS-Diktatur erzählt.)

Matthias Pape "Umbrüche - Die Region Aachen 1800 - 2009 Vom Roerdepartement zur Städtereion", Aachen 2009 (Die preußische Zeit wird in diesem Buch für unsere Region dargestellt.)

Achim Großmann "Die rothen Gesellen im schwarzen Westen", Düren 2014" (Der Autor zeigt auf, mit wie viel Mut und Einsatzbereitschaft für sozialdemokratische Ideen gekämpft wurde, mit wie viel Einfallsreichtum versucht wurde, die autoritären Restriktionen des preußischen Beamtentums zu umgehen, wie stark das Sozialistengesetz und das Vereinsverbot die politische Arbeit behinderten und welche Rolle die christlich-soziale Bewegung spielte.)

Rita Müllejans "Klöster im Kulturkampf" Aachen 1992 (Die Autorin legt dar, wie die aus Preußen vertriebenen Ordensgemeinschaften in Belgien und in der niederländischen Provinz Limburg eine neue "Heimat" fanden. Das Buch enthält zahlreiche Fotos und Zeichnungen der neuen Ordensniederlassungen.)

Heinz Josef Küppers